

Wertpapierfonds der Stadt FFM aus dem Jahr 2000

Seit dem Jahr 2008 wird in Abständen von mehreren Jahren in der Frankfurter Politik eine Geldanlage der Stadt thematisiert, die diese im Jahr 2000 zur Verbesserung der Zinserträge gegenüber Festgeldanlagen und dem Erwerb von Rentenpapieren aller Art vorgenommen hatte.

1. Die Vorgeschichte

Nach der in vielerlei Hinsicht für die Stadt Frankfurt kommunalpolitisch erfolgreichen Zeit von 1981 bis 89 („Ära Wallmann“ mit absoluter CDU-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung) errang 1989 Rot-Grün eine politische Mehrheit im Römer. Der vormalige SPD-Bundesverkehrsminister Hauff wurde von der Versammlung zum OB gewählt, da es eine Urwahl durch die Bürger damals in Hessen noch nicht gab. Nach wenigen Monaten gab dieser sein Amt auf wegen unablässiger Auseinandersetzungen mit der Frankfurter SPD. Danach wurde von Schoeler zum OB gewählt und der aus Baden-Württemberg kommende erfolgreiche OB von Offenburg zum Kämmerer. Da die neue Mehrheit eine Schuldenpolitik entfaltete, die ihresgleichen bundesweit suchte (höchster Schuldenstand aller vergleichbaren Städte), und das als die einnahmestärkste deutsche Großstadt mit über 500.000 Einwohnern, trat schon bald, für die Öffentlichkeit hörbar, der realpolitisch orientierte Kämmerer von seinem Amt zurück. Danach ging dieses Aufgabengebiet an den Grünen-Politiker Königs, der willfährige Schuldenpolitik betrieb, dies jedoch hinter Maßnahmen kaschierte, die damals „intelligente Finanzinstrumente“ genannt wurden. Um dies zu inszenieren, ließ er sich einen erfahrenen Bankfachmann von der Deutschen Bank „ausleihen“, will heißen, dieser wurde auf Kosten des Frankfurter Instituts bei der Stadt beschäftigt mit der ausdrücklichen Zielsetzung, finanzmarktübliche Finanzierungsmethoden bei der Stadt einzusetzen mit dem Anspruch, die Finanzlage der Stadt auf diese Weise zu verbessern.

2. „Intelligente Finanzinstrumente“

Als eine erste Maßnahme dieser finanzmarktüblichen Finanzierungsmethoden wurde von Rot-Grün der Verkauf des technischen Rathauses in der Braubachstraße auf den Weg gebracht. Das Intelligente dabei sollte sein, mit dem Verkaufserlös Schulden zu reduzieren. Da das Gebäude jedoch weiterhin

unverändert durch die Stadt genutzt werden sollte, wurde es von dem steueroptimierenden Immobilienfonds zeitgleich zurückgemietet („Sale and lease back“, wie solche Geschäfte in der Sprache der Financer heißen). Dieses hochkomplexe Geschäft mit einer gleitenden Miete, einer diffizilen und streitbefangenen Aufteilung der Gebäudeunterhaltung, einer Rückkaufklausel, die nach bestimmten Zeitabschnitten ein solches Recht für die Stadt vorsah, und Fantasiezahlen über zukünftige Zinslasten der Stadt und deren Verhältnis zu den Mietkosten wurde zu keiner Zeit einer adäquaten Bewertung unterworfen. Zudem ist nicht gelungen, was beabsichtigt war, nämlich den weiteren Marsch der Stadt in die Verschuldung zu bremsen. Denn statt der Zinslasten für Schulden hatte die Stadt die automatisch steigenden Mietzahlungen zu tragen (das Linke Tasche/rechte Tasche-Spiel). Zudem fand dieses Immobiliengeschäft dadurch sein Ende, dass das so wertvolle Gebäude abgerissen wurde unter finanziellen Abwicklungsszenarien, die zumindest der Öffentlichkeit überhaupt nicht bekannt sind.

Etwa 1995/96 wurde vom grünen Kämmerer der Verkauf von Wohnungsbaudarlehen betrieben. Es handelt sich dabei um ein Finanzgeschäft, das dem von Lehman-Brothers sehr ähnlich ist. Ausgereichte Darlehen der Stadt zur Verbilligung des Wohnungsbaus wurden kapitalisiert zu einem Gegenwartsbarwert und verkauft. Da diese der Natur der Sache nach unter Marktniveau verzinst waren, wurde zusätzlich eine Ausgleichszahlung an die Erwerber der Darlehen vereinbart, welche die jährlichen Erlöse der Forderungserwerber auf Marktniveau an hob. Diese Ausgleichszahlung wird seither Jahr für Jahr von der Stadt gezahlt. Nominal konnte auch hier der Verkaufserlös gegen die Schulden der Stadt gerechnet werden. Dafür fielen die Zinseinnahmen und die Tilgungen für die Stadt in Zukunft aus und zudem belastete die Ausgleichszahlung die Stadt für die Zukunft (Prinzip Rechte Tasche/linke Tasche).

Nach dem Scheitern von Schölers, der Urwahl von Petra Roth im Sommer 1995, wurde der Unterzeichner in den Magistrat gewählt mit der Intension, seine Erfahrungen als Kämmerer in Frankfurt einzubringen. Nach der Übernahme der Kämmerei durch den Unterzeichner im Frühjahr 1997 wurde durch eine rotgrüne Mehrheit weiter verlangt, „intelligente Finanzierungsinstrumente“ einzusetzen. Der Kämmerer wurde im Finanzausschuss aufgefordert, Zinsderivatgeschäfte zu untersuchen und darüber zu berichten. Die Kämmerei stellte daraufhin in einer Ausschusssitzung den Mechanismus von Swap-Geschäften vor. Im Anschluss daran wurde in einer Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Kämmerei zu ermächtigen, solche Geschäfte in einem gewissen Größenrahmen

abzuschließen. Da es hier um Zinswetten gegen Darlehen ausreichende Banken geht, handelte es sich insoweit in der Tat um ein mit erheblichen Risiken behaftetes Geschäft. Solche Geschäfte wurden dennoch abgeschlossen, jährlich darüber in der Stadtverordnetenversammlung berichtet und, nebenbei angemerkt, über die Jahre Zinsvorteile für die Stadt erwirtschaftet in Höhe von 15 bis 17 Mio. Euro. Über diesen Vorgang wurde am 10.12.2008 in der FAZ berichtet mit dem korrekten Hinweis, dass über diese Geschäfte „regelmäßig“ in der Stadtverordnetenversammlung berichtet worden sei.

Schließlich beschloss gegen Ende der 90er Jahre die Stadtverordnetenversammlung mit breiter Mehrheit, auch von Rot-Grün getrieben, ein Cross-borderleasing-Geschäft bezogen auf Teilflächen des Messegeländes mit einem amerikanischen Leasing-Nehmer. Dieses Geschäft erfolgte gegen den ausdrücklichen Rat des Unterzeichners. Dabei ging es um eine langfristige Verpachtung von Flächen mit aufstehenden Gebäuden an amerikanische Stiftungen, die eigene Abschreibungen gegenüber dem amerikanischen Fiskus daraus vornehmen können. Der deutsche Leasinggeber unterwirft sich u. a. einer Zustimmungspflicht für bauliche Veränderungen über Zeiträume von mehreren Jahrzehnten.

3. Der städtische Fonds vom Mai 2000

Vor diesem Hintergrund stand die Kämmerei geradezu unter dem Druck, sich bei der Anlage von damals reichlich vorhandener Liquidität nicht nur mit Festgeldzinsen zufrieden zu geben, sondern sich mindestens für kleinere Teilbeträge stärker um höhere Zinserträge zu bemühen. Es wurde daher durch einen qualifizierten leitenden Mitarbeiter die Möglichkeit eines eigenen städtischen Fonds in vertraglicher Zusammenarbeit mit einer Bank, die in einem wettbewerblichen Verfahren ausgesucht wurde, geprüft. Das Konzept konzentrierte sich auf klassische Anlagen, wie insbesondere Standardwerte im Bereich von Aktien. Teil des vertraglich ausgehandelten Konzeptes war es, dass jährlich gemeinsame Anlagegespräche zwischen der Stadt und der fondsverwaltenden Bank zu führen waren über die Performance und etwaige Umschichtungen und sonstige Veränderungen des Invests. **Im Vergleich zu dem, was die Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich erlaubt hatte - etwa Zinsderivatgeschäfte - und was sie in den geschilderten Fällen mit breiter Mehrheit beschlossen hatte, handelte es sich bei der Fondsanlage geradezu um einen Klassiker einer konservativen Anlage. Jede Lebensversicherung bewegt sich in derartigen Anlageformen.** Deshalb viele Jahre später den Vorgang einer

solchen Anlage prinzipiell zu rügen, ist ein Akt purer Heuchelei. Wenn seinerzeit über diesen Vorgang berichtet worden wäre, was nach Gemeindehaushaltsrecht nicht vorgesehen war, hätte es daran nicht den Hauch einer Kritik gegeben, weil es sich um ein vergleichsweise unkompliziertes Geschäft gehandelt hatte.

Was die Person des Unterzeichners angeht, kommt hinzu, dass er weder selbst in die Einzelheiten des Vorgangs einbezogen war, was nach dem Umfang der Kämmerergeschäfte in Frankfurt auch gar nicht möglich ist, noch über eine gewisse Zeitdauer den Verlauf der Fonds-Anlage hat verfolgen, geschweige denn beeinflussen können. Im Verlaufe des Jahres 2000 wurde der Fonds angelegt. Ende 2001 endete die reguläre Amtszeit des Unterzeichners. Alles, was in der Zeit danach an Entscheidungen über die Anlagepflege, deren Vergrößerung, Verkleinerung, Umschichtung oder auch Auflösung getroffen oder auch nicht getroffen worden ist, kann mit der Person des Unterzeichners nicht in Verbindung gebracht werden. Der über ein Jahrzehnt periodisch wiederholte Versuch von politisch interessierter Seite, dies dennoch zu tun, ist so geistreich, wie die Folgen eines Autounfalls, wenn es denn etwas Vergleichbares überhaupt gegeben hat, durch den Erwerber eines Autos dem Hersteller eines ordnungsgemäß gefertigten Fahrzeugs anzulasten.

4. Der städtische Fonds und die Finanzkrise 2008

Im Zuge der Finanzkrise 2008 ergaben sich in der Frankfurter Politik Diskussionen über alle Formen der Geldanlagen der Stadt und die Auswirkung dieses weltweiten Ereignisses hierauf. Laut einem Bericht der FR vom 05.11.2008 erklärte der Nachfolger des Unterzeichners gegenüber der Stadtverordnetenversammlung, dass die Stadt zu diesem Zeitpunkt „bei 45 Instituten rund 1,2 Milliarden Euro angelegt habe“. Besondere Aufmerksamkeit erregte dabei die städtische Anlage in Schuldverschreibungen von Lehman-Brothers, eben jene Papiere, die Darlehensforderungen gegenüber privaten Hauskäufern in den USA verbrieften und wegen deren vielfacher Unbeibringlichkeit die weltweite Finanzkrise entstanden war. Nach dem Bericht der Zeitung gab der Kämmerer „keine Auskunft im öffentlichen Teil der Sitzung darüber, ob der Einlagensicherungsfonds der Banken der Stadt bereits die 95 Millionen Euro hat zukommen lassen, die sie bei der deutschen Tochter von Lehman-Brothers angelegt hatte.“ Der Wert dieser Anlagen war bekanntlich in wenigen Tagen auf das Niveau von Schrottpapieren verfallen. Derlei Wertpapiere gab es im Jahr 2000 noch nicht auf dem Markt.

In diesem Zusammenhang, so berichtet die Zeitung, habe der Kämmerer auch von einem Aktienfonds berichtet, in welchem 52 Millionen angelegt worden seien, die stark an Wert verloren hätten. Das heißt, sieben Jahre nach dem Ausscheiden des Unterzeichners aus dem Kämmereramte wird im Zusammenhang mit der weltweiten Finanzkrise über den Aktienfonds, der im Jahr 2000 angelegt worden ist, diskutiert und über dessen Wertentwicklung während dieser Zeit und im Zusammenhang mit der Weltfinanzkrise. Zwei Tage später, so berichtet die FNP am 07.11.2008, „machte Lothar Reininger, Fraktionschef der Linken, ein „Börsengeschäft“ des ehemaligen Kämmerers Albrecht Glaser (CDU) zum Hauptthema seiner Haushaltsrede. Er erklärt die damalige Fondsanlage in erstklassige Standardwerte zu „einem spekulativen Geschäft“ und rügt, dass es darüber seinerzeit keinen Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung gegeben habe. Die notwendige Sachinformation zu diesen Ausführungen ist bereits weiter oben gegeben worden.

Erneut wenige Tage später, am 12.11.2008, führt Reininger in der Tageszeitung, Junge Welt, aus, da der Fonds börsennotiert sei, müsse man aktuell mit ungefähr 30 bis 35 % Verlust rechnen. Das heißt, auch die Weltfinanzkrise des Jahres 2008 und ihre Auswirkungen auf die Aktienmärkte wird der Person des Unterzeichners, in dessen Amtszeit 7 Jahre zuvor ein - unter den damaligen Verhältnissen - seriöses und vergleichsweise konservatives Bankgeschäft getätigt worden ist, als persönliche Versagensleistung zugerechnet. Dies ist der untaugliche Versuch einer politischen Verleumdung mit untauglichen Mitteln an der untauglichen Person. Von den Linken vorgetragen, hat sie den Charme, dass man auch noch gleich den „Kapitalismus“ als monströse menschliche Erfindung angreifen konnte.

5. Das Ungeheuer von Lochness wurde 2013 wieder gesichtet

Beim Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion im Römer, Oesterling, ist nunmehr, im Juli 2013, dieser Vorgang aus der Wiedervorlage geholt worden. Dies liegt offensichtlich nicht daran, dass fünf Jahre nach der letzten Kampagne nunmehr neue Erkenntnisse vorlägen, die eine Berechtigung mit sich brächten, dem Unterzeichner irgendeine Art von Fehlverhalten im Jahr 2000 zuzuschreiben, sondern daran, dass der Unterzeichner als einer der Landessprecher der neu gegründeten AfD (Alternative für Deutschland) als Ziel für eine parteipolitisch motivierte Schmutzpropaganda benutzt werden kann. Herr Oesterling betreibt dabei Zahlenspiele, die seinem finanzpolitischen Horizont entsprechen. Sie können allerdings nicht verdecken, dass er und sein politisches Umfeld die

Stadt Frankfurt am Main zwischen 1989 und 1995 an den Rand des finanziellen Ruins gebracht haben und der Unterzeichner der maßgebliche Akteur nach 1995 gewesen ist, der ausgeglichene Haushalte und die massive Zurückführung städtischer Schulden zu Wege gebracht hat und dies bei gleichzeitiger Senkung der maßgeblichen städtischen Steuern und Beseitigung von schikanösen Bagatellsteuern wie beispielsweise der Biersteuer.

6. Das städtische Finanzchaos trägt den Namen Rot-Grün

In einer Presseerklärung vom 07. März 2001 hatte der Unterzeichner öffentlich erklärt: **„Von 1989 bis 1996, als in Frankfurt Rot-Grün die Mehrheit hatte, wurde die Stadt um mehr als 6 Milliarden DM ärmer.** Die Stadt verluderte. Straßen, Gebäude und Grünanlagen wurden vernachlässigt, weil selbst dazu das Geld nicht reichte. Die Zins- und Tilgungslast, die die Stadt danach zu erbringen hatte, stieg auf knapp 700 Millionen DM pro Jahr an.“

Rot-Grün hatte dem Unterzeichner damals vorgeworfen, er wolle die Stadt **„kaputtsparen“**, ein Begriff, der sich bei allen Realitätsverweigerern und Amateurfinanzwissenschaftlern in bestimmten politischen Milieus eingenistet hat. Der Unterzeichner erklärte damals hierzu:

„Die Stadt Frankfurt am Main wird gegenwärtig nicht kaputt gespart. Sie ist vielmehr aufgrund Rot-Grüner Politik „kaputt verschuldet“ worden. Nur durch konsequente Sparpolitik und dadurch spürbare Rückführung der Schulden entstehen Handlungsspielräume... Wer die vorhandenen Schuldenberge der nächsten Generation vor die Tür kehrt, versündigt sich an unseren Kindern.“

Rot-Grün hatte parallel zu jährlichen Nettoneuverschuldungen von mehreren 100 Millionen DM auch noch Steuersätze für die Grund- und die Gewerbesteuer festgesetzt, die die höchsten in ganz Deutschland waren, die es jemals gegeben hat (Eine Vorgehensweise, die fatal an die heutigen Botschaften von Rot-Grün in Berlin für die Zeit nach der Wahl am 22. September erinnert.): 570 Prozent als Hebesatz der Grundsteuer für bebaute Grundstücke und 515 Prozent für die Gewerbesteuer, die bekanntlich die örtliche Wirtschaftskraft abschöpft. Dem Unterzeichner ist es in offener Auseinandersetzung mit SPD und Grünen gelungen, den Grundsteuerhebesatz um 110 Prozentpunkte auf 460 Prozent zu senken, den damaligen Durchschnitt der deutschen Großstädte und den Hebesatz der Gewerbesteuer in einem ersten Schritt um 25 Prozentpunkte auf 490 Prozentpunkte. Die geplante weitere Absenkung um zusätzliche 25 Prozentpunkte wurde vernünftigerweise etwas später umgesetzt. Dies waren

Meilensteine für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung und die Verbilligung des Wohnstandorts Frankfurt.

Zudem wurden alle Haushalte ausgeglichen verabschiedet und mit Überschüssen abgewickelt. Dies führte zu einer Schuldentilgung während der Amtszeit des Unterzeichners von etwa 1,5 Milliarden DM.

Diese Vorgänge sollte Herr Oesterling seiner Wiedervorlage entnehmen, wenn er wahrheitsgemäß über bedeutende politische Vorgänge der damaligen Zeit und die Akteure, die diese Prozesse gestaltet haben, heute berichten will. Politische Brandstifter, die Feuerwehmann spielen wollen, sind immer Karikaturen.

Gez. Albrecht Glaser, August 2013

Nachtrag Mai 2017

Bekanntlich wurde der Unterzeichner nach der Finanzkrise verbal in Haftung genommen für angeblich der Stadt FFM entstandene Papierverluste aus Kapitalanlagen, die gegen Ende seiner Frankfurter Zeit investiert worden waren. Dieses Thema hat ihm bis heute große Reputationsschäden eingebracht. Wikipedia schlägt richtig zu, wobei dort ja nicht erkennbar ist, wer sich wie dort betätigt hat. Bisherige Korrekturversuche sind erfolglos verlaufen.

Die Vorwürfe sind in Gänze unberechtigt. Dies hat viele Gründe, die hier nicht repetiert werden müssen. Auf zwei sei kurz hingewiesen. Zum einen hat die ZVK parallel zur Stadt das Gleiche getan, völlig unbeeinflusst vom Unterzeichner. (Juristisch wäre eine Einflussnahme auch nicht möglich gewesen.). Zuweilen wurde der dortige Anlagebetrag ebenfalls dem Unterzeichner zugerechnet. (Meistens ist er im genannten Betrag rechnerisch enthalten.). Was aber bis auf den heutigen Tag höchst interessant wäre, ist die Frage, wie dort denn der weitere Fortgang von 2001 bis heute sich gestaltet hat?

Genauso offen bleibt die Frage, wieso die Nachfolger im Amt zwar über 7 Jahre kein Problem damit hatten, den Fonds wie auch immer, weiter zu führen, statt ihn etwa aufzulösen, wenn er als riskant eingeschätzt worden wäre, andererseits bei Risikoeintritt nach dieser langen Zeit das Risiko dem zuordnen wollen, der vor dieser langen Zeit das Ersteinvest vorgenommen hatte. Die Risikoadjustierung bei solchen Anlagen hat doch stets etwas mit dem Zeitablauf zu tun. Was 2001 völlig risikolos war, kann natürlich 2005 risikobehaftet sein. Darauf kann jedoch nur der

Einfluss nehmen, der eine solche Anlage betreut, begleitet und zu beobachten hat. Diese Sicht gilt natürlich auch für Beobachter, die Urteile über menschliches Verhalten abgeben, in diesem Fall also völlig willkürlich den historischen Erstanleger dingfest machen wollen und nicht die, welche über Jahre die Betreuungsentscheidungen zu fällen hatten.

Dies alles kann man jedoch durch eine letzte Überlegung aushebeln, die sich in diesen Tagen nahelegt. Herr Reiningger (?) oder wie der LINKE-Mensch auch heißt, hat bezogen auf die Buchwerte nach dem Finanzcrash bekanntlich die schlichte Betrachtung angestellt, den nun entstandenen Börsenwert als das Maß der Dinge anzusehen, den man mit dem historischen Anschaffungswert vergleichen müsse. Die daraus rechnerisch entstehende Differenz sei ein Schaden. Eine solche Punktbetrachtung ist bei Aktien natürlich zulässig, jedoch für eine Schadensbemessung abwegig, weil die Börse eben volatil ist. D. h. jeder Anleger, ob institutionell oder privat, wird eine solche Tagessituation bewerten und dann Schlüsse daraus ziehen.

Aus heutiger Sicht haben wir jedoch folgende bemerkenswerte Lage:

- **Wir befinden uns seit Wochen in einer Phase des Allzeithochs der Börse insgesamt und des DAX, als Indikator für Standardwerte, um die es seinerzeit ging. Der DAX steht auf 12.835 Zählern. D. h. wir stellen uns einfach mal vor, dass die, die (möglicherweise, wahrscheinlicherweise) jahrelang mit dem seinerzeitigen Fonds gar nichts gemacht haben, auch weiterhin, also nach 2008, gar nichts gemacht hätten. (Für Nichtfachleute vielleicht eine gute Lösung). Dann hätten wir jetzt für das gesamte Invest einen Kursgewinn. Dessen Höhe wäre zu ermitteln. Ist vielleicht eine interessante Anfrage der Presse?**
- **Und man hätte über ca. 15 Jahre auch noch die Dividenden bezogen, die sicher weit höher gewesen wären als alle zwischenzeitlich erzielbaren Festgeldzinsen für Geldanlagen etwa in Staatsanleihen. Auch dieser Betrag wäre wahrscheinlich errechenbar. Beides zusammen ergäbe den wahren Nutzen für die Stadt, der von dem geschaffen worden wäre, der als Erstinvestor für die Stadt tätig war und an dessen Entscheidung die Stadt im festen Glauben an dessen Kompetenz bis heute festgehalten hätte. Eine echte Hommage an einen guten Stadtkämmerer?**

Albrecht Glaser, Mai 2017